



TOP THEMA

Herausforderungen für die neue Legislaturperiode

Digitalisierung und Berufskrankheiten stehen auf der Agenda

Wie wollen wir in Zukunft arbeiten? Wie soziale Sicherheit gestalten? Die Digitalisierung stellt grundsätzliche Fragen neu – auch aus Sicht der gesetzlichen Unfallversicherung. Dabei geht es nicht nur um neue Formen der Arbeit und damit verbunden um neue Risiken für Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit. Es geht um grundlegende Definitionen von „Arbeit“ und „Beschäftigung“. In der kommenden Legislaturperiode wird die Politik Antworten finden müssen. Auch darauf, wie das Berufskrankheitenrecht weiterentwickelt werden soll.

„Die Digitalisierung beschäftigt alle politischen Parteien“, sagt Dr. Joachim Breuer, Hauptgeschäftsführer der DGUV, mit Blick auf die Wahlprogramme. „Große Übereinstimmung herrscht hinsichtlich des Potenzials, das die digitale Transformation für neue Arbeitsplätze, flexiblere Arbeitsformen, neue Produkte und Mobilitätskonzepte sowie bessere Bildungsmöglichkeiten bietet.“ Die Auswirkungen der Digitalisierung scheinen bislang noch schwer greifbar zu sein. Am Arbeitsmarkt ist das Normalarbeitsverhältnis nach wie vor die Regel. Breuer warnt jedoch vor zu viel Selbstzufriedenheit: „Momentan konzentriert sich die Diskussion um Arbeit 4.0 noch sehr stark auf Arbeitszeiten, mobile Erreichbarkeit und psychische Belastungen. Diese Themen sind auch wichtig – tatsächlich wirft die Plattformökonomie mit ihren flexiblen Arbeitsformen noch viel grundsätzlichere Fragen auf: Wie können aber auch Menschen, die nicht in einem klassischen Arbeitsverhältnis stehen, sicher und gesund arbeiten? Passt unsere Definition von Arbeit überhaupt noch?“ Die Antworten der Parteien zu den Herausforderungen der Digitalisierung bleiben im Detail noch vage. „Hier müssen in den nächsten vier Jahren konkrete Antworten folgen“, fordert Breuer. Er erwarte, dass die neue Bundesregierung



Illustration: Karo Rigaud

den von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles angestoßenen Dialog zu Arbeiten 4.0 fortsetze und verweist auf die Expertise und Lösungskompetenz der gesetzlichen Unfallversicherung.

Diese Kompetenz hat die gesetzliche Unfallversicherung unter anderem mit ihren Vorschlägen zur Weiterentwicklung des Berufskrankheitenrechts unter Beweis gestellt. Mehr Klarheit und Transparenz in den Verfahren sind notwendig und auch der Wandel in der Arbeitswelt stellt das Recht vor neue Herausforderungen. „Die Selbstverwaltung von Berufsgenossenschaften und Unfallkassen hat dem Gesetzgeber mit dem Weißbuch ‚Berufskrankheitenrecht‘ bereits umsetzungsreife Vorschläge für eine zeitgemäße Weiterentwicklung gemacht“, so Breuer. Er hofft, dass die neue Bundesregierung diese gemeinsamen Vorschläge von Arbeitgebern und Versicherten aufgreifen und umsetzen wird.

Web: www.dguv.de (Webcodes d1024619 / dp1038560)

STICHWORT **Weißbuch „Berufskrankheitenrecht 2016“**

Fünf Punkte für die Weiterentwicklung des Rechts

- 1** Ursachenermittlung verbessern
- 2** Unterlassungszwang abschaffen
- 3** Rückwirkung regeln
- 4** Ärztlichen Sachverständigenrat (ÄSVB) im Gesetz verankern
- 5** Forschung vorantreiben



Herausforderung

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bundestagswahl steht kurz bevor. Die Spannung steigt. Aber unabhängig davon, welche Parteien die Regierungsverantwortung übernehmen werden, manche Themen sind gesetzt für die kommende Legislaturperiode. Eines davon ist sicherlich die ‚Digitalisierung‘. Hipbes Schlagwort und ernsthafte Herausforderung in einem. Denn es geht um mehr als Mensch-Maschine-Beziehungen, künstliche Intelligenzen, Big und Smart Data und technisch-autonome Entwicklungen. Technischer Fortschritt bringt Vorteile, aber welche Folgen wird die veränderte Arbeitswelt für jeden Einzelnen von uns haben? Wie gelingt der Spagat zwischen neuen flexibleren Formen der Arbeit und sozialer Sicherheit? Dieser Frage muss sich auch die Unfallversicherung stellen. Wenn sich Aufgaben und Arbeitsweisen ändern, dann muss zum Beispiel auch die Prävention angepasst werden. Wie definieren wir in Zukunft „Arbeit“ und wer steht unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung? Wir bleiben an dem Thema dran, denn alle sollen gesund und sicher arbeiten können – ob im Betrieb, zu Hause oder in „Co-Working-Spaces“.

Ihr


Dr. Joachim Breuer

Hauptgeschäftsführer der DGUV

„Alles, was digitalisiert werden kann, wird digitalisiert“

Mit mehr als fünf Millionen Beschäftigten ist das Gesundheitswesen die größte Branche in Deutschland. Zu den wichtigsten Herausforderungen der Gesundheitspolitik gehört neben dem demografischen Wandel auch die Digitalisierung. Die Bundesregierung hat dazu inzwischen einige Initiativen gestartet und unter anderem das E-Health-Gesetz erlassen. Ziel ist es, die Chancen der Digitalisierung für die Gesundheitsversorgung zu nutzen und schneller nutzbringende Anwendungen zu ermöglichen. DGUV Kompakt sprach mit Prof. Dr. med. Axel Ekkernkamp, Ärztlicher Direktor des Berufsgenossenschaftlichen Unfallkrankenhauses in Berlin und seit Mai Ressortleiter Medizin im Klinikverbund der gesetzlichen Unfallversicherung (BG Kliniken).

Herr Prof. Ekkernkamp, wie sieht die Medizin von morgen aus?

Die Medizin und IT werden immer stärker zusammenwachsen. Schon heute beschäftigen wir uns mit Entwicklungen wie E-Health, Internetmedizin und Telemonitoring. Ich bin sicher: Die digitale Revolution wird sowohl die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen als auch das Angebot von Gesundheitsversorgern verändern. Über Gesundheit wird zunehmend im Netz diskutiert. Das hat Auswirkungen auf die Kommunikation zwischen Ärzten und Patienten. Krankenhäuser vernetzen sich – auch um voneinander zu lernen. Digitale Krankenakten tragen mit dazu bei, Leben zu retten. Neue Technologien in der Medizin bieten Chancen, neben einer besseren und effizienteren Versorgung vor allem den Erhalt der Selbstständigkeit älterer Menschen sicherzustellen. Es geht längst nicht mehr um das „Ob“ der Digitalisierung des Gesundheitssystems, sondern um das „Wie“. Es gilt der Satz: „Alles, was digitalisiert werden kann, wird digitalisiert“.

Ist Deutschland denn für die Digitalisierung des Gesundheitswesens gerüstet?

Alle sprechen über das Erfolgsprojekt Arbeit 4.0. Unter großen Anstrengungen der Sozialpartner entsteht gerade eine hochmoderne Arbeitswelt, in der neue Technologien und Robotik neben dem Faktor Mensch dazu beitragen können, die Zahl der Arbeitsunfälle weiter zu reduzieren. Das Projekt Gesundheit 4.0 hinkt aus un-

terschiedlichen Gründen noch hinterher. Hier gibt es großen Nachholbedarf. Die Kliniken in Deutschland geben beispielsweise nur ein bis zwei Prozent ihres Budgets für IT aus. Dänemark investiert dagegen das Zehnfache. Mit dem E-Health-Gesetz wurde ein wichtiger Schritt getan – aber das reicht nicht. Bevor wir noch deutlich mehr als bislang von der Digitalisierung im Gesundheitsbereich profitieren, sind enorme Investitionen nötig, die einzelne Krankenhäuser oder Ärzte allerdings in den meisten Fällen gar nicht alleine stemmen können. Die Bundesregierung hat das erkannt und finanzielle Unterstützung beim Aufbau der digitalen Infrastruktur signalisiert.

Wo stehen die BG Kliniken beim Thema Digitalisierung?

Aktuell ist die Digitalisierung in den BG Kliniken schon sehr weit fortgeschritten. Wir treiben die Entwicklung aktiv voran und wollen fortlaufend innovativ sein. Beispiele dafür sind etwa die mobile Visite, das elektronische Medikamenten-Managementsystem, die digitale Patientenakte und im Bereich Telematik das Projekt der notfallmedizinischen Betreuung von Menschen auf hoher See oder auf Offshore-Windparks. Dennoch besteht auch in der Klinikgruppe großer Nachholbedarf. Das Ziel hat der IT-Leiter unserer Unternehmensgruppe eindeutig formuliert: Wir wollen bis 2025 die Nummer 1 der deutschen Kliniken im Bereich Digitalisierung werden.

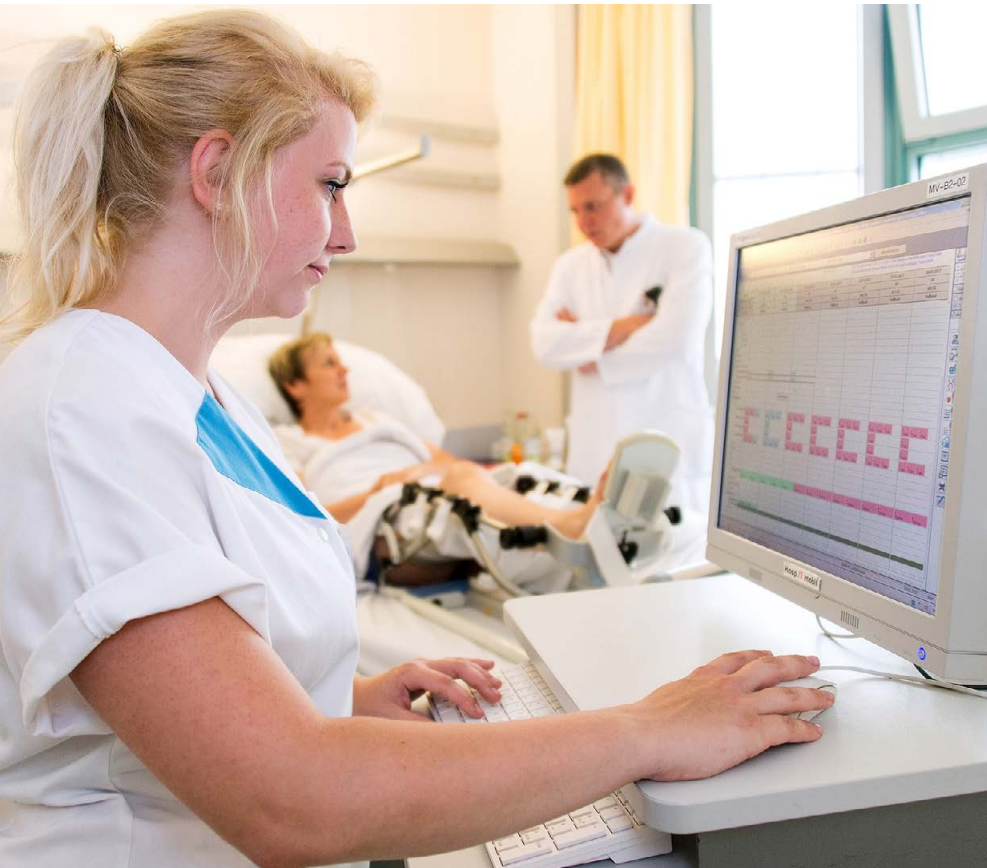


Foto: ukb

Bereits heute ist die Digitalisierung in den BG Kliniken sehr weit fortgeschritten: Beispiele sind die mobile Visite, das elektronische Medikamenten-Managementsystem und die digitale Patientenakte.

Welche Chancen bietet die Digitalisierung für die Medizin bzw. das Gesundheitswesen?

Mit intelligenter Datennutzung und sektorübergreifender Vernetzung lassen sich Krankheiten effizienter bekämpfen und Kosten sparen. Intelligente, mitdenkende Systeme entlasten und verbessern die Arbeit von medizinischen Fachkräften erheblich, es bleibt mehr Zeit für die individuelle Betreuung der Patienten. Zudem ist eine bessere Ressourcensteuerung möglich: Zukünftig wird ein Radiologe seine Zeit nicht mehr mit dem Befunden von CT-Bildern verbringen müssen. Die Diagnose wird durch Software erstellt, der Arzt kann stattdessen therapeutisch arbeiten. Roboter mit ihren hochintelligenten Mikrochips sind bei bestimmten Indikationen zu komplexeren und feineren Eingriffen fähig als Ärzte. Auch die rekonstruktiven Möglichkeiten des 3D-Printings, bei dem durch die Nutzung körpereigener Stammzellen schon bald Organe entstehen, werden die Medizin erheblich weiter nach vorn bringen. Schon jetzt können schwerste Verletzungen im Gesicht oder große tumorbedingte Defek-

Foto: ukb

te durch individuelle Herstellung von Implantaten hervorragend versorgt werden. Big Data verändert alle bisher bekannten zeitlichen und räumlichen Dimensionen. So wird die Entwicklung von personalisierter Medizin, etwa im Bereich der Onkologie, überhaupt erst möglich. Datenanalysen können zum Risiko-Screening eingesetzt werden. Damit lässt sich berechnen, wie wahrscheinlich es ist, dass ein Patient nach einer Gelenkoperation Komplikationen erleidet. Das steigert die Behandlungsqualität und davon profitieren gleichermaßen Versicherte sowie die Unfallversicherungen als Träger der BG Kliniken. Die Digitalisierung mit ihren Technologien und Algorithmen fordert uns heraus. Um erfolgreich bestehen zu können, werden wir uns verändern müssen. „Wir“ bedeutet in diesem Fall: die Behandler – und die Patienten.



Dr. med. Axel Ekkernkamp
 Ärztlicher Direktor des
 Berufsgenossenschaftlichen
 Unfallkrankenhauses in Berlin
 und Ressortleiter Medizin
 im Klinikverbund der gesetzlichen
 Unfallversicherung

ZUM THEMA

Industrie 4.0: „Kursbuch“ Prävention

Die industrielle Arbeitswelt verändert sich hin zu einer Industrie 4.0. Betroffen sind alle Bereiche der Produktion, Logistik und des Transports. Auf welchen Feldern durch neue Risiken Handlungsbedarf besteht, aber auch wo sich neue Möglichkeiten für sicheres und gesundes Arbeiten ergeben, beschreiben die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung und ihr Spitzenverband in einem Positionspapier. Es dient als „Kursbuch“ für die Prävention der kommenden Jahre.

Rund 15 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland hängen von der produzierenden Wirtschaft ab. Die Arbeitsplätze verändern sich, weil Digitalisierung Menschen, Maschinen, Daten und letztlich Produkte immer enger vernetzt. Kooperative Systeme aus Technik und Mensch, die auch künstliche Intelligenz einbeziehen, sind charakteristisch für das, was unter „Industrie 4.0“ bezeichnet wird. Technologiebezogene Fragen stehen für die gesetzliche Unfallversicherung im Zentrum der Präventionsüberlegungen: Welche Konzepte ermöglichen eine verlässliche Risiko- und Gefährdungsbeurteilung von sich selbst organisierenden Maschinen und Anlagen? Welchen Einfluss haben Assistenzsysteme auf das Risikoverhalten der Beschäftigten? Auch organisatorische Themen stehen im Blickpunkt: Arbeitsbedingungen müssen stärker ganzheitlich beurteilt werden. Die selektive Betrachtung von Einzelaspekten – nur Sicherheit oder nur kognitive Belastung – wird den komplexen Zusammenhängen in Industrie 4.0 nicht mehr gerecht. Schließlich bietet auch der Mensch selbst Ansatzpunkte für zielgerichtete Prävention: Gefragt sind zum Beispiel neue Kompetenzen in der Mitarbeiterführung, damit auch Führen auf Distanz oder in altersgemischten Teams funktioniert.

Die Industrie 4.0 bietet Chancen, sie birgt aber auch Risiken. Das Positionspapier leitet daraus konkrete Handlungsfelder ab und ist damit Arbeitsgrundlage für alle, die Verantwortung für sichere und gesunde Arbeit tragen.

Web: www.dguv.de (Webcode dp1050338)

„WeiterLernen“ für die Arbeitswelt 4.0



Im Rahmen des Dialogprozesses „Arbeiten 4.0“ hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) im Juni das dritte Werkheft „WeiterLernen“ veröffentlicht. Im Mittelpunkt steht die Frage nach Qualifikationsbedarfen und -formen für die Arbeit der Zukunft. Fachleute aus Wissenschaft und Praxis diskutieren die Bedeutung von Fort- und Weiterbildung. Welche Kompetenzen und Qualifikationen werden in Zukunft gefragt sein? Wie müssen sich Unternehmen und Organisationen in einem veränderten Innovations- und Wettbewerbsumfeld ausrichten? Wie können wir Wissen für viele bereitstellen? Ziel der Reihe ist es, eine erweiterte Plattform für den fachlichen Austausch über die Zukunft der Arbeit zu bieten. Der digitale und gesellschaftliche Wandel und seine Auswirkungen auf die Arbeitswelt waren die ersten beiden Themenschwerpunkte der Werkheftreihe.

Web: www.arbeitenviernull.de
 › Dialogprozess › Werkhefte

MELDUNG

Bessere Arbeitsbedingungen für Seeleute

Die EU-Kommission hat Ende Juli einen Vorschlag für eine Richtlinie angenommen, der die Arbeitsbedingungen von Seeleuten auf Schiffen, die unter der Flagge eines EU-Mitgliedstaats fahren, verbessern soll. Damit wird eine Vereinbarung zwischen dem Verband der Reeder in der Europäischen Gemeinschaft (ECSA) und der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) in EU-Recht umgesetzt. Die Richtlinie soll Seeleute in Zukunft besser davor schützen, in Auslandshäfen zurückgelassen zu werden.

Nach dem internationalen Seearbeitsübereinkommen werden alle Seeschiffe auf die Einhaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen überprüft. Jeder Flaggenstaat ist für die Handelsschiffe unter seiner Flagge zuständig. Für Schiffe unter deutscher Flagge sind diese Bestimmungen mit dem Seearbeitsgesetz umgesetzt worden. Auch das Recht auf Entschädigung bei Tod oder



Foto: Gerhard1302 / Fotolia

bei Erwerbsunfähigkeit aufgrund von Arbeitsunfällen, Krankheiten oder Gefährdungen soll die Richtlinie stärken. Damit werden Schadenersatzverfahren verbessert, sodass sich entsprechende Ansprüche schneller und einfacher regeln lassen.

Seeleute, die auf Schiffen unter deutscher Flagge fahren, sind, unabhängig von ihrer Nationalität oder ihrem Wohnsitz, bei der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation (BG Verkehr) unfallversichert und haben damit vollumfänglichen Schutz durch die gesetzliche Unfallversicherung.

Web: www.ec.europa.eu › Deutsch
 › Suche: „Seeleute Arbeitsbedingungen“

TERMINE

12.–13. Oktober 2017
16. Europäischer Gesundheitskongress: Das Gesundheitssystem gerecht und zukunftsfähig gestalten
MÜNCHEN
www.gesundheitskongress.de

17.–20. Oktober 2017
A+A – Kongress 2017
DÜSSELDORF
www.aplusa.de

IN EIGENER SACHE

Auf der Titelseite der Juli/August-Ausgabe haben wir ein fehlerhaftes Bild verwendet. Wir möchten uns dafür entschuldigen und weisen darauf hin, dass an Maschinen mit sich drehenden Teilen bei denen die Gefahr besteht, dass ein Schutzhandschuh erfasst werden kann, derzeit das Tragen von Schutzhandschuhen untersagt ist. Um zu entscheiden, welche Schutzmaßnahmen an einer Maschine mit sich drehenden Teilen ergriffen werden müssen, muss eine Gefährdungsbeurteilung durchgeführt werden.

Weitere Informationen:
Web: www.dguv.de (Webcode d95669)

IMPRESSUM

Herausgeber: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV), Dr. Joachim Breuer (Hauptgeschäftsführer). Die DGUV ist der Spitzenverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften und der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand
Herausgeberbeirat: Dr. Renate Colella (Vorsitz), Udo Diel, Prof. Dr. med. Axel Ekkernkamp, Reiner Hoffmann, Gabriele Pappai, Dr. Udo Schöpf, Karl-Sebastian Schulte
Chefredaktion: Gregor Doepeke, Stefan Boltz, DGUV, Glinkastr. 40, 10117 Berlin
Redaktion: Kathrin Baltscheit, Katharina Dielmann, Jan-Peter Schulz
Grafik: Christoph Schmid, www.christophschmid.com
Verlag: Quadriga Media Berlin GmbH, Werderscher Markt 13, 10117 Berlin
Druck: DCM Druckcenter Meckenheim

FOLGEN SIE UNS AUF TWITTER

@DGUVKompakt

Nachrichten live aus der Redaktion:
www.twitter.com/DGUVKompakt

Kontakt
KOMPAKT@DGUV.DE
WWW.DGUV.DE/KOMPAKT

Vorstandsvorsitzender der DGUV im Wirtschaftsrat

Dr. Rainhardt Freiherr von Leoprechting wurde erneut in den Bundesvorstand des Wirtschaftsrates der CDU e.V. gewählt. Damit vertritt er für weitere zwei Jahre die Interessen der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene.

Foto: Nikolaus Brade / DGUV

